

Dokumentation

Session I.3 Erholung: Sicherung, Gestaltung und Nutzung multifunktionaler stadtreionaler Freiräume

UBA Forum 2021

UMLANDSTADT umweltschonend

Nachhaltige Verflechtung von Wohnen,
Arbeiten, Erholung und Mobilität

Digitalkonferenz, 23. November 2021

I.3 Erholung:

Sicherung, Gestaltung und Nutzung multifunktionaler stadtreionaler Freiräume



Begrüßung und Einführung

Katrin Fahrenkrug, *Institut Raum & Energie*

Katrin Fahrenkrug begrüßt die Teilnehmenden und führt in die Session ein. Ziel ist es, die Empfehlungen des Umweltbundesamtes im Bedürfnisfeld Erholung zu diskutieren und anhand von Beispielen aus der Praxis Wege zur Umsetzung aufzuzeigen. Im Vordergrund stehen die Fragen, wo aktuell die größten Herausforderungen bei der Sicherung und Gestaltung stadtreionaler Grün- und Freiräume liegen und wie die Kooperation und Vernetzung von Akteuren gestärkt werden kann.



Herausforderungen und Empfehlungen des Umweltbundesamtes im Handlungsfeld Erholung

Alice Schröder, *Umweltbundesamt*

Alice Schröder betont zunächst, dass die Sicherung und Qualifizierung multifunktionaler Grün- und Freiräume auf regionaler Ebene eine wichtige Rolle bei der umweltschonenden Entwicklung der UMLANDSTADT spielen. Sie präsentiert Modellierungsergebnisse der Universität Hannover, die den hohen Nutzungsdruck auf Naherholungsräume in Ballungsräumen und die Diskrepanz zwischen Erholungsdruck und Erholungseignung in Deutschland darstellen.

Für das Handlungsfeld Erholung hat das UBA Empfehlungen für die drei Bausteine „Regionale Freiräume sichern und gestalten“, „Freizeit und Erholungsmöglichkeiten im suburbanen-Bereich entwickeln“ und „Freizeitaktivität umweltverträglich gestalten“ formuliert. Alice Schröder stellt die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des ersten Bausteins vor, die sich an Bund, Länder und Regionen sowie Kommunen richten. Sie macht deutlich, dass für die Sicherung und Entwicklung regionaler Freiräume Anstrengungen auf allen räumlichen Ebenen erforderlich sind – von der Setzung geeigneter Rahmenbedingungen auf Bundesebene bis hin zur Sicherung und Gestaltung konkreter Freiräume auf kommunaler Ebene.



Der Masterplan Grün – eine länderübergreifende und interkommunale Freiraumstrategie zur Entwicklung der Regionalparkregionen in Brandenburg und Berlin

Sibylle Lösch, *Dachverband der Regionalparks in Brandenburg und Berlin e.V.*

Sibylle Lösch stellt den „Masterplan Grün“ zur gemeinsamen Entwicklung der Regionalparks in den Bundesländern Brandenburg und Berlin vor. Der "Masterplan Grün" wurde mit Beteiligung der Berliner Bezirke und Umlandkommunen erarbeitet und bildet eine informelle Planungsgrundlage für die Region. Ein Ziel der Freiraumstrategie ist die Aufwertung der bestehenden Landschaftsräume durch die Profilierung der sieben Regionalparks, welche ganz unterschiedliche Landschaftsräume widerspiegeln. Die "sieben Perlen" bzw. Regionalparks werden mit der Strategie inhaltlich und räumlich untersetzt. Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt auf Gemeindeebene. Hilfreich ist dabei die Zusammenarbeit auf Augenhöhe innerhalb der bestehenden Planungshierarchien sowie mit Akteursnetzwerken und Verbänden.

Sibylle Lösch macht deutlich, dass Nutzungskonflikte und Eigentumsverhältnisse Herausforderungen für die Entwicklung multifunktionaler Flächen darstellen. Zudem ist eine Besucherlenkung wichtig, welche die jeweiligen Eigenschaften der Freiflächen berücksichtigt. Bei der Pflege und Instandhaltung sollten auch Nutzer*innen eingebunden werden. Frei- und Grünräume in urbanen Lagen sollten sowohl mit Blick auf ökologische (z.B. Klimawirkung) und soziale (z.B. als Begegnungsräume) Aspekte sowie als weiche Standortfaktoren im urbanen Kontext gesichert werden.



Hamburgs Grünes Netz - Ein Freiraumnetzwerk mit Strahlkraft bis ins Umland

Dr. Cornelia Peters, *Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft Hamburg*

Dr. Cornelia Peters präsentiert das „Grüne Netz“ der Hansestadt Hamburg, welches beispielhaft für die Sicherung und Entwicklung von Grün- und Freiräumen auf städtischer Ebene steht. Das Grüne Netz Hamburg besteht aus zwölf Grünachsen, die vom Umland bis in das Zentrum hineinreichen und durch einen inneren und einen äußeren grünen Ring miteinander verbunden sind. Die Grünachsen erfüllen wichtige Funktionen in Hinblick auf Vernetzung, aktive Mobilität, Stadtnatur, klimatischen Ausgleich und soziale Begegnung.

Eine Herausforderung für das Grüne Netz stellen die ambitionierten Ziele für den Wohnungsbau in Hamburg dar. Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ wurde daher ein „Vertrag für Hamburgs Stadtgrün“ ausgehandelt, der auf den Erhalt von Grünflächen zielt und 2021 vom Senat beschlossen wurde. Eine weitere Herausforderung für das Grüne Netz ist der Umgang mit den vorhandenen Verkehrsräumen und baulichen Barrieren. Ein „Lückenprogramm“ zielt auf die Umsetzung der Durchgängigkeit der Grünräume und Schließung wichtiger Wegelücken.

Nicht zuletzt macht Dr. Peters auf die Bedeutung von Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam. Wanderkarten und Faltblätter sowie der jährlich stattfindende „Megamarsch“ erfreuen sich großer Beliebtheit und vermitteln den Wert des Grünen Netzes.

Diskussion/Ergebnisse der Session I.3

In der Diskussion wird die Einbeziehung von institutionalisierten „Kümmerern“, wie Stadtteil- und Naturschutzvereinen, in die Gestaltung und Pflege von Freiräumen thematisiert. Ebenso wird angeregt, auch Bewohner*innen und Nutzer*innen nicht nur auf die bestehenden Regeln zum Schutz der Flächen aufmerksam zu machen, sondern aktiv in die Pflege einzubinden. Als größte Herausforderungen für Grün- und Freiräume in urbanen Verdichtungsräumen werden Siedlungsdruck, Nutzungsdruck und Flächenkonkurrenzen genannt.

Abschließend tragen die Teilnehmenden Unterstützungsbedarf an das UBA heran, um die Vision zur Sicherung und Gestaltung regionaler Erholungs- und Grünräume in der UMLANDSTADT umzusetzen. Aus der vorgegebenen Auswahl werden entsprechende Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, eine bessere Bewusstseinsbildung sowie eine stärkere Vernetzung der Akteur*innen am häufigsten genannt. Weitere Nennungen umfassen den gesetzlichen Schutz von Freiräumen, die Stärkung der Regionalplanung sowie informeller Instrumente. Die Bereitstellung fachlicher Grundlagen und Argumentationshilfen werden an letzter Stelle genannt.

